



Aufbegehren gegen Sklavengesetz

Proteste gegen eine ungarische Regierung im Dienste deutscher Konzerne –
Von Szabolcs Sepsi*

In: *express* 1/2019

Zum ersten Mal seit acht Jahren leisten Opposition und Zivilgesellschaft in Ungarn wirklichen Widerstand gegen die Orbán-Regierung – wegen der Liberalisierung des Arbeitsgesetzes. Dass ausgerechnet das »Sklavengesetz« die ausgelaugte ungarische Gesellschaft mobilisieren kann, ist kein Zufall. Beispielhaft zeigt der Fall jedoch auch, warum die Fidesz-Partei weiterhin keine europäischen Sanktionen fürchten muss. Denn die Novelle kommt nicht zuletzt deutschen Unternehmen entgegen. Diese fühlen sich pudelwohl in Orbáns Oligarchie und agieren als seine politischen Verbündeten.

Sofort nach ihrem überwältigenden Wahlsieg im April 2010 stellte die Orbán-Regierung die Weichen für die Neuordnung der politischen und ökonomischen Herrschaftsverhältnisse im Land. Damals hieß Ungarn noch Republik Ungarn und die Institutionen des Rechtsstaats waren noch einigermaßen intakt. Es war aber absehbar, wohin die Reise geht.

Im Dezember 2010 versammelten wir uns zu mehreren Tausend bei einer Großdemonstration vor dem Parlament. Es ging um die Entmachtung des Verfassungsgerichts, gegen das neue Mediengesetz und die neue, der Regierung unterstellte zentrale Medienbehörde. Wir hatten Kerzen dabei, es wurden Reden gehalten. Dann ergriff ein Organisator das Mikrofon und forderte die Menschenmasse nachdrücklich auf, wir sollten nun ruhig, jedoch unverzüglich den Platz räumen und friedlich nach Hause gehen. Man wolle ja schließlich zeigen, hier demonstriere die demokratische Opposition. Die, die sich an Regeln hält. Wir sind dann in Ruhe nach Hause gegangen. Die Regierung machte weiter.

Dieses Muster kehrte in den darauf folgenden Jahren öfter wieder. Anlässe für Demonstrationen gab es zuhauf, doch die Proteste wurden immer kleiner und immer weniger beachtet. Eine schwache Opposition war stets bemüht, sich an alle juristischen und ästhetischen Spielregeln des Parlamentarismus zu halten. Man war einfach zu zersplittert, keiner wollte sich etwas vorwerfen lassen oder zur Zielscheibe der rechten Medien werden. Es fehlte an Mut und häufig auch an Einfallsreichtum.

Orbán und sein engster Kreis kannten indes deutlich weniger Skrupel. Neue Gesetze erarbeiteten nicht mehr die Ministerien, sondern private Thinktanks. Abgeordnete reichten diese ohne vorherige Ankündigung als »Eigeninitiative« ein. Die mit eiserner Hand geführte Fidesz-Fraktion winkte die Gesetzestexte durch, ohne diese selbst einmal gelesen zu haben. Die Öffentlichkeit informierte man dann im Nachhinein. Überforderte Oppositionsabgeordnete klebten »So-geht-das-aber-nicht«-Sticker auf ihre Dienstlaptops.

Bei den nächsten Wahlen 2014 überließ man nichts dem Zufall. Die Regierung reformierte das Wahlgesetz, reduzierte die Anzahl der Parlamentsabgeordneten drastisch und erhöhte den

Anteil der Direktmandate. Die Wahlkreise zeichnete man bei der Gelegenheit neu, damit regierungstreue WählerInnen möglichst überall eine knappe Mehrheit bilden. Die Rechnung ging auf: Im April 2014 wählten etwa 27 Prozent der wahlberechtigten BürgerInnen die Fidesz-Partei, die Wahlbeteiligung lag bei 62 Prozent. So erhielt Fidesz 67 Prozent der Parlamentssitze.

Die Institutionen der Gewaltenteilung und die Kommunalverwaltungen wurden geschwächt. Entscheidender jedoch war die Konzentration der ökonomischen Macht in den Händen von Oligarchen, die der Fidesz-Partei oder vielmehr dem Premier Orbán persönlich nahestehen oder von ihm abhängig sind. »Loyalisten« wurden mit üppigen Staatsaufträgen ausgestattet und gelangten innerhalb kürzester Zeit zu sagenhaftem Reichtum. Wer sich widersetzte, musste dagegen mit Sondersteuern und Sonderkontrollen rechnen.

Die reichsten Männer Ungarns pflegen heute ausnahmslos gute Beziehungen zu Orbán und unterstützen ihn. Einige seiner privaten Freunde, Sponsoren und Familienmitglieder sind Milliardenäre geworden, wie beispielsweise der ehemalige Bürgermeister seines Heimatdorfes, sein politischer Verbündeter und persönlicher Freund Lőrinc Mészáros. Der heute reichste Mann Ungarns hat nach Schätzungen des Forbes-Magazins sein Privatvermögen seit 2010 vertausendfacht. Im Jahr 2017 erhöhte er sein Vermögen um 300 Millionen Euro, 2018 verdreifachte er es, heute besitzt er umgerechnet etwa 1,2 Milliarden Euro.

Medien in Oligarchenhand

Eine Konsequenz daraus ist die Tatsache, dass faktisch die gesamte ungarische Presse – alle nicht-staatlichen großen Fernseh- und Radiosender, alle großen Tageszeitungen bis auf eine Ausnahme und die meisten Wochen- oder gar Lokalzeitungen – von Oligarchen der Fidesz aufgekauft wurde. Häufig wurden die ehemaligen Besitzer dabei unter Druck gesetzt. Ein durchschnittlicher Bürger, der nicht in der Hauptstadt lebt und keine Online-Nachrichtenportale benutzt, die Mehrheit der ungarischen Bevölkerung also, konsumiert ausschließlich Nachrichten, die ihm die Regierungspartei aussucht und interpretiert. So kann die freie Presse ganz ohne offizielle Zensur komplett sterben, wie die *New York Times* für Ungarn kürzlich feststellte.¹

Die populäre Behauptung, Orbán baue in Ungarn einen autoritären Staat aus, ist demnach falsch. Der ungarische Staat ist abgemagert und schwach, seine Kompetenzen wurden outgesourct. Er unterwirft sich bedingungslos einer autoritären privaten Clique. Wichtige Entscheidungen treffen Personen ohne offizielle Ämter hinter verschlossenen Türen. Das Parlament hat nichts zu sagen, es ist hohl, ein Ort der Langeweile. Der einst rhetorisch brillante Orbán hält dort ab und zu lustlose, holprige Reden, die nach Zynismus und Schnaps stinken, die Opposition kontert mit Klischees.

Proteste gibt es kaum noch. Ende November ist endgültig klar geworden, dass eine der besten Universitäten des Landes, die Central European University, Zu der letzten Solidaritätskundgebung, die eher wie eine Beerdigung oder wie eine bedingungslose Kapitulation wirkte, kamen etwa 40 traurige Menschen. Sie entzündeten Kerzen vor dem Uni-Campus und hörten sich Reden an. Drumherum tobte der Budapester Weihnachtsmarkt, größere Glühweinstände hatten mehr Besucher als die Demonstration. Das »hybride Regime« hat sein Ziel erreicht: Die Zivilgesellschaft glaubt nicht mehr daran, etwas verändern zu können. Keiner interessiert sich mehr für Politik, wichtig ist nur die eigene ökonomische Lage, der Konsum oder das reine Überleben, je nachdem.

Das war zumindest noch die Lage Anfang Dezember 2018. Am 12. Dezember 2018 sollte das Parlament die Novelle des Arbeitsgesetzes und das Gesetz über neue, politisch kontrollierte Verwaltungsgerichte durchwinken. Und an diesem Tag hat die Opposition erstaunlicherweise zu sich gefunden und getan, was in einem Parlament, das diesen Namen längst nicht mehr verdient, ihre einzige wirkliche Option ist: die Sitzung boykottiert. Oppositionsfraktionen weigerten sich, Protokollführer bereitzustellen, die formell vorgesehen sind. Die

Abgeordneten blockierten die Wege und ließen die Regierungsabgeordneten nicht Platz nehmen. Schließlich holten sie Trillerpfeifen raus und ließen die Sitzung im Chaos versinken. Die Abstimmung fand trotzdem statt, ob die so verabschiedeten Gesetze überhaupt Gültigkeit besitzen, ist umstritten. Viel wichtiger ist jedoch, dass im ungarischen Parlament am 12. Dezember 2018 nach acht Jahren die erste wirkliche Auseinandersetzung stattfand, mit ungewissem Ausgang.

Protest auf dem Hauptplatz

Vor dem Parlament versammelten sich erneut Tausende. Die Menge ging aber nach den Reden nicht einfach nach Hause. Sie entfernte die Zäune, die den Kossuth-Platz vor dem Parlament – den sogenannten »Hauptplatz der Nation« – abriegelten, drängte ohne Gewalt auf den Platz und stand vor dem Parlamentsgebäude. Am nächsten Tag marschierten die Demonstrierenden zum Hauptgebäude des ungarischen Staatsfernsehens und forderten, ihre Anliegen im Fernsehen vortragen zu dürfen. Bis dahin wurden die Ereignisse von den Fernsehsendern kaum beachtet oder nebenbei als vereinzelte »Randale« durch »bezahlte Agenten von Soros« abgetan. Es ist kein Zufall, dass die ersten ernstzunehmenden Proteste seit Jahren in Ungarn sich hauptsächlich gegen die Novelle des Arbeitsgesetzes richten. Das von Gewerkschaften als »Sklavengesetz« bezeichnete Vorhaben beinhaltet skandalöse Vorstöße. So sollen Arbeitgeber ab Januar 2019 bis zu 400 Überstunden im Jahr verordnen können. Das sind rund 96 Minuten an jedem einzelnen Arbeitstag im Jahr. Und die Unternehmen müssen die Überstunden nicht am Monatsende, sondern erst innerhalb von drei Jahren vergüten oder durch Freizeitausgleich abgelteten. Die Regelung gilt auch für Mindestlohnbeschäftigte.

Dabei ist die Lage der ArbeitnehmerInnen in Ungarn ohnehin desolat und wurde von Orbán schrittweise verschlechtert. Der Mindestlohn liegt bei umgerechnet 440 Euro brutto im Monat und zählt zu den niedrigsten der EU. Die Arbeitszeit- und Bereitschaftsdienstregelung ist bereits einmal gelockert worden, die Lohnsteuerprogression abgeschafft, die Position von Gewerkschaften geschwächt. Arbeitslosengeld bezieht man für maximal 90 Tage, danach gibt es eine »Sozialhilfe« von umgerechnet 70 Euro pro Monat. Zudem müssen Arbeitslose »öffentlich geförderte Arbeiten« in der Gemeinde verrichten, die deutlich unter dem Mindestlohn bezahlt werden. Sollten sie diese ablehnen oder die Kommune schlicht nicht genug Plätze zur Verfügung haben, wird die Sozialhilfe ersatzlos gestrichen.

Die Regierungskommunikation setzt auf die niedrige Arbeitslosigkeit im Land (die Rolle der massiven Arbeitskräfteauswanderung wird ausgeblendet), die Arbeitsbedingungen sind dabei zunächst egal. Nach dem erneuten Wahlsieg 2018 sagte der Premier in der Eröffnungsdebatte des neuen Parlaments: »Die westeuropäischen Staaten wollen eine Gesellschaft, die von Sozialleistungen lebt. Wir wollen eine Gesellschaft, die von Arbeit lebt.«

Der Bevölkerung scheinen die Arbeitsbedingungen jedoch nicht egal zu sein. Der wütende Brief einer ehemaligen Produktionsmitarbeiterin eines multinationalen Konzerns, die 15 Jahre lang bei einer Sechstageswoche Zwölfstundenschichten leistete und nach einem Herzinfarkt ihren Job verlor, wurde im Internet tausendfach geteilt. »Was wisst ihr, was freiwillige Überstunden bedeuten?«, schrieb sie, »das wissen nur die, die keine Zeit für die Familie oder sich selbst hatten, die nie ausschlafen konnten, die an der Abiturfeier des eigenen Kindes nicht teilnehmen konnten, weil der Konzern keinen Urlaub genehmigt hat! [...] Im August atmeten wir auf, bis dahin war das maximale gesetzliche Überstundenkontingent ausgeschöpft, jetzt müssen die uns in Ruhe lassen...« Nun wurde das Überstundenkontingent soweit angehoben, dass die Unternehmen problemlos bis Ende des Jahres schuften lassen können.

»Wir werden das Land lahmlegen«

Neu ist auch, dass ein ungewöhnlich breites Bündnis die Proteste mitträgt. Alle politischen Parteien – von liberal bis rechtsextrem – positionierten sich öffentlich gegen das »Sklavenge-

setz« und demonstrierten zusammen. Darüber hinaus solidarisierten sich zahlreiche NGOs explizit mit den Forderungen der Arbeitervvertreter. Wenngleich viele Demonstrierende aufgrund einer allgemeinen Unzufriedenheit mit der Orbán-Regierung auf die Straßen gehen, ist eine deutliche Verschiebung der Rhetorik zu beobachten. StudentInnenorganisationen schrieben sich zum ersten Mal ausdrücklich die Solidarität mit den ArbeiterInnen auf ihre Fahnen. Diese sind durch ihre Proteste gegen die Bildungsreformen der letzten Jahre die schlagkräftigsten unter den ungarischen Nichtregierungsorganisationen, positionierten sich aber bislang politisch eher bürgerlich-liberal und zeigten wenig Interesse für Arbeitnehmeranliegen.

Im postsozialistischen Ungarn neigen Parteien unabhängig von ihrer Couleur zur linken Rhetorik, solange sie in der Opposition sind, um dann Arbeitsmarktliberalisierung und Sozialabbau zu betreiben, sobald sie an die Regierung kommen. In den letzten Wochen sind jedoch klassische Arbeitnehmerthemen in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt. Die Arbeitsbedingungen von Niedriglöhnern haben, anders als z.B. rentenpolitische Fragen oder die Kosten der Gesundheitsversorgung, bislang bei Wahlkämpfen nie eine wichtige Rolle gespielt. Dies könnte sich nun ändern.

Eine spannende Frage bleibt, wie stark die ungarischen Gewerkschaften von den Protesten profitieren können. In Ungarn existieren mehrere Dachverbände, die teilweise politischen Parteien nahestehen. Zudem sind Einzelgewerkschaften dezentral organisiert, Strukturen auf Betriebsebene und Haustarifverträge dominieren. In der Regel sind sie schwach organisiert und haben deutlich weniger gesetzliche Mitbestimmungsrechte als z.B. Betriebsräte in Deutschland. GewerkschaftsvertreterInnen sind auf die Kooperation der Arbeitgeber angewiesen und haben sich daran gewöhnt, zurückhaltend aufzutreten.

Die Novelle des Arbeitszeitgesetzes lehnen die Gewerkschaften nun offen und deutlich ab und drohen mit einem Generalstreik. Ob sie in der Lage sind, eine kritische Masse der ungarischen ArbeitnehmerInnen zu Arbeitsniederlegungen zu bringen, ist zwar fraglich – und die nächste Großdemonstration der Gewerkschaften findet am 19. Januar, an einem Samstag, statt. Die neue, kämpferische Rhetorik – das Motto der Demonstration ist »Wir werden das Land lahmlegen!« – deutet aber darauf hin, dass das »Sklavengesetz« durch seine Radikalität die zersplitterten Arbeitnehmerorganisationen zusammenschweißen und einen Paradigmenwechsel einleiten könnte. Zudem blockieren Gewerkschafter seit Dezember regelmäßig überall im Land Bundesstraßen und Autobahnen und tragen dazu bei, dass ihre Anliegen auch jenseits der Hauptstadt wahrgenommen werden. In einem Land mit Medien in den Händen von Oligarchen ist das längst keine Selbstverständlichkeit mehr.

Deutsche Konzerne im Glück

Dass internationale Konzerne in Mittel- und Osteuropa zu sehr schlechten Bedingungen arbeiten lassen, ist keine Neuigkeit. Die Opposition wirft der Regierung vor, dass vor allem Unternehmen aus Deutschland auf die Arbeitsgesetzreform Einfluss genommen hätten. Der ungarische Außenminister Szijjártó sagte bei einem Besuch Ende November in Düsseldorf, man habe sich mit den in Ungarn investierenden NRW-Unternehmen über die Gesetzesvorschläge ausgetauscht und diese hätten »sehr positiv« reagiert.

Ähnlich positioniert sich seit geraumer Zeit die Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer. Die in Ungarn agierenden deutschen Unternehmen seien sehr zufrieden mit der Orbán-Regierung, gab deren Geschäftsführer kürzlich an. Und Jan Mainka, Chefredakteur der deutschsprachigen Budapester Zeitung, erklärte gegenüber der Wirtschaftswoche, wenn deutsche Unternehmensführer in Ungarn wählen könnten, würden 90 Prozent von ihnen Orbán wählen.²

Denn Investoren wird in Ungarn der rote Teppich ausgerollt. Im September wurde bekannt, dass mit BMW ein weiterer deutscher Autohersteller ein Werk in Ungarn bauen und eine Milliarde Euro investieren will. Das Gelände im Wert von etwa 140 Millionen Euro bekommt der Konzern von der Stadt Debrecen gespendet – dafür hat diese einen Kredit aufgenommen und

das Gebäude eines Museums für zeitgenössische Kunst als Bürgschaft hinterlegt. Zudem erhält der Konzern einen direkten staatlichen Zuschuss von etwa 60 Millionen Euro für die Baukosten und weitere Infrastrukturprojekte im Wert von etwa 400 Millionen Euro. Außerdem darf BMW – wie andere Autohersteller auch – eine ermäßigte Körperschaftssteuer von nur fünf Prozent zahlen. Der normale Satz für Großunternehmen wurde erst 2017 von 19 auf neun Prozent reduziert, bereits das ist der niedrigste Wert in der EU.

Andere Konzerne konnten ähnlich vorteilhafte Deals herauschlagen. Einer Untersuchung³ zufolge hat die Orbán-Regierung in den letzten acht Jahren etwa eine Milliarde Euro Direktsubventionen an Großunternehmen gezahlt – doppelt so viel wie die Vorgängerregierung in den acht Jahren zuvor. Rund die Hälfte der Subventionen ging an deutsche Firmen. Einige würden sogar mehr Geld vom Staat erhalten, als sie überhaupt an Steuern zahlen. Deutsche Konzerne und Mittelständler – vor allem Daimler, BMW, Continental, Bosch, Thyssenkrupp, Schöffler und Siemens – haben jüngst kräftig in Ungarn investiert und politische Fragen dabei ausgeblendet, stellte auch *Die Zeit* in einem Artikel vom 4. Oktober 2018 fest.⁴ Deutsche Firmen schaffen dreihunderttausend Arbeitsplätze in Ungarn. Es geht hier jedoch um mehr als um Unternehmen, die ohne Rücksicht auf Politik Geschäfte machen, und eine Regierung, die die Schaffung von Arbeitsplätzen durch ihre unternehmensfreundliche Politik als ihren Erfolg aus gibt.

Ungarn, Deutschland und Europa

Ungarn steht wegen der Verletzung der Rechtsstaatsprinzipien seit Jahren in der Kritik. Ein Ausschluss der Fidesz aus der EVP-Fraktion wird seit Jahren diskutiert und scheitert regelmäßig an der CDU/CSU. Erst im September stellte das Europäische Parlament mit einer Zweidrittelmehrheit fest, dass die ungarische Regierung regelmäßig gegen die Grundwerte der EU verstoße. Die ins Gespräch gebrachte Anwendung des Artikels 7 des EU-Vertrags (Verletzung der Grundwerte der EU durch einen Mitgliedsstaat) hätte dramatische Folgen für Orbáns Regime. Denn das Regime ist teuer. Die Oligarchen müssen bei Laune gehalten werden, am besten mit üppig bezahlten Infrastrukturprojekten. Aus dem Geld finanzieren die Oligarchen das teure Medienkonglomerat, die Thinktanks, Propagandafeldzüge gegen die EU, Soros oder Flüchtlinge sowie eine ganze Armee von Lakaien – Ideologen, Journalisten, ehemalige Politiker. Jährlich zwischen drei und vier Milliarden Euro erhält Ungarn aus dem EU-Haushalt. Im Januar 2018 stellte das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung fest, dass die Firma von Orbáns Schwiegersohn unter illegalen Bedingungen Aufträge für den Ausbau von öffentlicher Straßenbeleuchtung erhalten hat. Die EU hat die Projekte mit 37 Millionen Euro bezuschusst, das Geld muss möglicherweise zurückgezahlt werden. Die ungarische Staatsanwaltschaft stellte jedoch im November ihre Ermittlungen ein. Solche Fälle häufen sich. Ohne das Geld der EU wäre das System Orbán womöglich nicht überlebensfähig. Von dem Geld profitieren aber die Projekte deutscher Konzerne genauso wie ungarische Oligarchen. Ungarische Oppositionspolitiker behaupten, die Industrielobby würde die Politik in Deutschland beeinflussen, um eine härtere Linie gegen Orbán abzuwenden.

Für BMW hat sich die Standortentscheidung auf jeden Fall jetzt schon gelohnt. Extrem niedrige Steuern, Direktsubventionen, vorteilhafte Gesetze, schwache Gewerkschaften und Lohnkosten, die etwa viermal geringer sind als in Deutschland – zudem darf der Konzern auf die ungarische Regierung als verlängerten Arm der Konzernlobby zählen. Im September sicherte Außenminister Szijjarto bei einem Besuch in München Vertretern von BMW und Audi zu, die Klimaziele der EU für 2030 im Europäischen Rat blockieren zu wollen. Diese seien schädlich für die bayerische Autoindustrie und schließlich seien in dieser Frage die bayerischen und ungarischen Interessen »maximal identisch«.

Ein Win-Win-Geschäft also. Außer natürlich für die Fließbandarbeiterin, die nun bei einer Sechstageswoche in Zwölfstundenschicht das ganze Jahr über »freiwillige« Überstunden machen darf. Falls sie nicht mehr kann, hat sie nicht viel mehr zu erwarten als einen Schlafsack

und einen Platz unter einer mittlerweile überfüllten Brücke. Genau sie und ihre KollegInnen begehren nun auf. Ob sie Erfolg haben, wird sich in den nächsten Wochen und Monaten zeigen. Aus Deutschland soll sie aber besser nicht viel mehr als leere Floskeln erwarten.

** Szabolcs Sepsi, Jahrgang 1987, wohnte zwischen 2006 und 2012 in Budapest. Seit 2013 lebt er in Dortmund und arbeitet beim DGB-Projekt »Faire Mobilität« (www.faire-mobilitaet.de).*

Anmerkungen:

- 1 <https://www.nytimes.com/2018/11/24/world/europe/hungary-viktor-orban-media.html>
- 2 <https://www.handelsblatt.com/today/companies/bottom-line-first-german-mittelstand-reaps-dividend-of-eastern-european-autocracy/23581056.html>
- 3 <https://merce.hu/2018/07/06/tovabb-milliardokat-szort-ki-a-multiknak-a-kormany/>
- 4 <https://www.zeit.de/2018/41/ungarn-viktor-orban-investment-deutschland-doppelstandard>

express im Netz unter: www.express-afp.info